

Hamburg, September 2017

Stellungnahme des Fachbereichs Bund, Länder und Gemeinden Hamburg zur

Planung der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) bzgl. Einführung eines „Dualen Studiengangs Kommunale Soziale Arbeit“

Der jetzige Fachkräftemangel in der sozialen Arbeit ist größtenteils selbst verursacht (Abbau von 250 Vollzeitäquivalenzen im ÖD, Abbau der Studienplatzkapazitäten, Stellenabbau in verschiedenen Bereichen der Sozialen Arbeit und der Wissenschaft und aufgrund politischer Entwicklungen und Entscheidungen, die zu neuen sozialen Problemlagen führten).

Grundsätzlich begrüßen wir deshalb die aktuelle Einsicht der Politik, dass ein dringender Handlungsbedarf zum Thema Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit gesehen wird und unterstützen das Anliegen, eine notwendige Perspektive zu entwickeln. Ebenso bejahen wir jeden Gedanken darüber, wie es zukünftig mehr Menschen ermöglicht werden kann, ein Studium im sozialen Bereich aufnehmen und erfolgreich abschließen zu können.

Wie eine solche Perspektive aussehen kann, sollte im engen und kooperativen Austausch zusammen mit den AkteurInnen in diesem Feld gestaltet werden: Mit den Orten der Ausbildung (Ev. Hochschule Soziale Arbeit & Diakonie und Department Soziale Arbeit an der HAW Hamburg), als auch mit den AkteurInnen aus der Praxis und ihren Interessensvertretungen.

Vor diesem Hintergrund, den aktuellen Entwicklungen, sowie den von der FHH vorgelegten Plänen für ein Duales Studium der Sozialen Arbeit, fordern wir folgendes:

- **Fachkräfte-Mangel nicht einseitig begegnen**

Ein Fachkräftemangel besteht nicht nur im öffentlichen Bereich, sondern betrifft alle Bereiche der Sozialen Arbeit. Eine nachhaltige Lösung kann es daher nur geben, wenn sich der Fokus nicht nur auf den öffentlichen Bereich beschränkt, sondern auch die freien Träger und Wohlfahrtsverbände mit einbezogen werden. Auch hierbei plädieren wir für eine enge Zusammenarbeit.

- **Ausbau der bestehenden Möglichkeiten**

Statt einen Sonderstudiengang einzurichten, ist es notwendig, die derzeitigen Studienkapazitäten am Department Soziale Arbeit an der HAW Hamburg und an Ev. Hochschule Soziale Arbeit & Diakonie auszubauen.

Vor Jahren wurden die Kapazitäten der HAW abgebaut. Das heißt, es gibt (auch in diesem Jahr) am Department Soziale Arbeit bedeutend mehr BewerberInnen für ein Studium als Studienplätze – dies gilt auch für die Ev. Hochschule. Dieser Abbau hat den Fachkräftemangel verstärkt und verschärft. Mehr Ressourcen für die bestehenden Studiengänge der Sozialen Arbeit würden nicht nur dazu führen, dass mehr Studierende aufgenommen werden können, sondern würde auch ein Mehr an Möglichkeiten bedeuten, z.B. inhaltliche Schwerpunktsetzung spezifischerer Beschäftigungsfelder näher auszubauen.

- **Ausbau der sozialen Ausgaben insgesamt**

Ein Abbau von Ressourcen für Sozialpolitik befördert in der Praxis der Sozialen Arbeit eine zunehmende Arbeitsbelastung, welche u.a. eine Fluktuation der Beschäftigten und auch einen generellen Mangel begünstigt. Hier würde eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedeuten, dass z.B. die Arbeitsfelder des Öffentlichen Dienstes attraktiver für zukünftige AbsolventInnen der Sozialen Arbeit werden. Auch die Verbesserung der Bezahlungsstruktur würde den Öffentlichen Dienst attraktiver machen und entsprechend die BewerberInnenlage erhöhen. Nicht zu Letzt gilt: Auskömmlich finanzierte soziale Aufgaben und eine verlässliche Daseinsvorsorge kommt allen Menschen zu Gute.

Insgesamt betonen wir, dass ein guter Weg nur zusammen mit allen AkteurInnen in der Sozialen Arbeit gegangen werden kann. Das sind die ExpertInnen eines professionellen Studiums wie auch die ExpertInnen, die die Bedarfe in der Praxis benennen können. Nur so können ein Erhalt und die Verbesserung von wissenschaftlichen Standards, sowie ein Ausbau der Qualität als auch die Verstärkung in der sozialen Daseinsvorsorge insgesamt gewährleistet werden. Ein einseitiger Fokus und eine eingeschränkte, institutionsspezifische Ausrichtung ist nicht die richtige Antwort auf die bestehenden Herausforderungen und schränkt auch andere Entwicklungsmöglichkeiten ein, etwa eine Diskussion über ein Anerkennungsjahr. Alternative Lösungsmöglichkeiten zur Behebung des Fachkräftemangels wurden entwickelt, diese gilt es gemeinsam zu diskutieren, dabei muss z.B. die Frage eines bezahlten Berufspraktikums wieder diskutiert werden.